

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

08.12.2023

1 Backhaus: LNG-Verfahren nicht bis Jahresende fertig <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 08.12.2023</i>	3
2 Atommüll: Münchner Gericht verhandelt über Sicherheit von Zwischenlager am AKW Gundremmingen <i>vdi-nachrichten.com, 07.12.2023</i>	4
3 Was hat der Atomausstieg gebracht? <i>sueddeutsche.de, 07.12.2023</i>	6
4 Klimaziele sind ohne Atomkraft zu erreichen <i>energiezukunft.eu, 07.12.2023</i>	8
5 Wenn sich Gazprom für U-Boote der Nato interessiert <i>DIE WELT, 07.12.2023</i>	10
6 Minister äußert sich zu LNG-Genehmigungsverfahren <i>nordkurier.de, 07.12.2023</i>	12
7 Die Produktion von Atomstrom hat weltweit abgenommen <i>srf.ch, 06.12.2023</i>	13
8 Es fehlen 150 Millionen Euro für die Energiewende <i>Bergedorfer Zeitung, 07.12.2023</i>	15

Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 08.12.2023 | S. 13

Auflage: 8.770 | Reichweite: 32.295

Iris Leithold

Backhaus: LNG-Verfahren nicht bis Jahresende fertig

Das geplante LNG-Terminal im Hafen von Mukran auf Rügen bleibt umstritten. Umweltminister Backhaus glaubt nicht, dass das Genehmigungsverfahren bis Jahresende abgeschlossen werden kann.

Das Genehmigungsverfahren für das umstrittene LNG-Terminal im Hafen von Mukran auf Rügen kann nach Einschätzung von Mecklenburg-Vorpommerns Umweltminister Till Backhaus (SPD) nicht bis Jahresende abgeschlossen werden. Die Frist für Einwendungen laufe bis 11. Dezember, hieß es bei der Jahressend-Presskonferenz des Ministers am Donnerstag in Schwerin. Es werde eine Vielzahl an Einwendungen erwartet, und die müssten sorgfältig geprüft werden. „Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit“, betonte Backhaus.

Kritiker des Terminals befürchten Umweltschäden infolge des Betriebs und nachteilige Auswirkungen auf den Tourismus. Die Anbindungsleitung für das Erdgas aus dem Terminal zum Festland ist hingegen bereits komplett genehmigt. Sie soll bis Jahresende auch fertig gebaut sein, wie es in Schwerin hieß. Bei Lubmin soll das Gas ins europäische Leitungsnetz eingespeist werden.

Genehmigungen für Windräder beschleunigt

Nach Beschwerden von Projektplanern über langwierige Genehmigungsverfahren für Windräder in MV hat das Land laut Backhaus Verantwortung von den Landkreisen hin zu den Staatlichen Ämtern für Landwirtschaft und Umwelt verlagert. Dies habe in diesem Jahr zu einem Aufschwung bei den Genehmigungen geführt, berichtete er. Seien 2022 nur 22 Anlagen genehmigt worden, waren es Backhaus zufolge in diesem Jahr bisher 86. Einen weiteren deutlichen Aufschwung erwarte er für das erste Quartal 2024. Es liefen derzeit noch einmal 15 Neueinstellungen für diesen Bereich.

Ein Klimaschutzgesetz für Mecklenburg-Vorpommern war für 2023 angekündigt worden - noch liegt es nicht vor. Ein Grund seien wichtige Bundesgesetze, die noch nicht fertig seien, so Backhaus. Dabei gehe es um das Energieeffizienzgesetz, das Klimaanpassungsgesetz und das Wärmeplanungsgesetz. Sie hätten Auswirkungen auf das Klimaschutzgesetz von Mecklenburg-Vorpommern, und man müsse sie abwarten. Ansonsten werde der Entwurf bis Jahresende fertig sein.

Hoffnung für Hauseigentümer bei Balkonkraftwerken

Die zehn Millionen Euro Förderung für sogenannte Balkon-Solarkraftwerke sind laut Backhaus seit dem Start des Programms vor einem Jahr erst zur Hälfte abgefragt worden. Dabei sei der Anteil für Hauseigentümer komplett abgeflossen. Von den sechs Millionen Euro für Mieter seien es erst 1,1 Millionen Euro. Er hoffe auf Hilfe aus Berlin, um Hürden für Mieter abzubauen. Überdies wolle er dem Kabinett vorschlagen, mit nicht abgerufenem Geld aus dem Topf für Mieter das Programm noch einmal für Hauseigentümer zu öffnen, sagte Backhaus.

Nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil zum Klima- und Transformationsfonds des Bundes ist Backhaus in Sorge um die Pläne des Landes zum Moorschutz. Vier Milliarden zugesagte Euro vom Bund für den Aktionsplan Natürlicher Klimaschutz seien Teil dieses Fonds. „Deswegen steht das jetzt still.“ Für den Moorschutz in MV seien daraus 220 Millionen Euro avisiert gewesen.

 vdi-nachrichten.com | 07.12.2023 Stephan W. Eder WEBLINK

Atommüll: Münchner Gericht verhandelt über Sicherheit von Zwischenlager am AKW Gundremmingen

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof in München verhandelt am 7. 12. 2023 seit 10:00 Uhr darüber, ob das Zwischenlager für Atommüll am AKW Gundremmingen noch sicher ist. Anwohner des Lagers fechten die 20 Jahre alte Genehmigung an.

Noch gibt es keine Endlager für hoch radioaktiven Abfall in Deutschland. Das heißt, dass der bisher in sogenannten Zwischenlagern bleiben muss – und auch die kommenden Jahre dort bleiben wird. Dieses dezentrale Lagerkonzept wurde Anfang der 2000er-Jahre an den AKW-Standorten umgesetzt, weil es noch kein Endlager gibt. Diese Zwischenlager befinden sich oft am Standort der bisherigen Kernkraftwerke – schon bisher haben dort die abgebrannten Kernbrennstäbe gelagert werden müssen. So auch im AKW Gundremmingen in Bayerisch-Schwaben. Das Kraftwerk ist eines der sechs letzten, die ihren kommerziellen Betrieb eingestellt haben, es ging zum Jahresende 2021 vom Netz.

Hochradioaktive Abfälle: Nach dem Endlager wird weiter gesucht

Anwohner allerdings klagen jetzt dagegen, dass das bestehende Zwischenlager Gundremmingen auf dem Gelände weiter betrieben werden darf. Es gibt zwar seit 20 Jahren eine Betriebserlaubnis; die aber, so die Klage, berücksichtige nicht, dass das Zwischenlager nicht ausreichend gegen den Absturz eines großen Passagierflugzeugs wie den Airbus A380 geschützt sei oder auch die Sicherheit bei einem Beschuss der Lagerbehälter mit panzerbrechenden Waffen durch Terroristen sei nicht hinreichend geprüft worden.

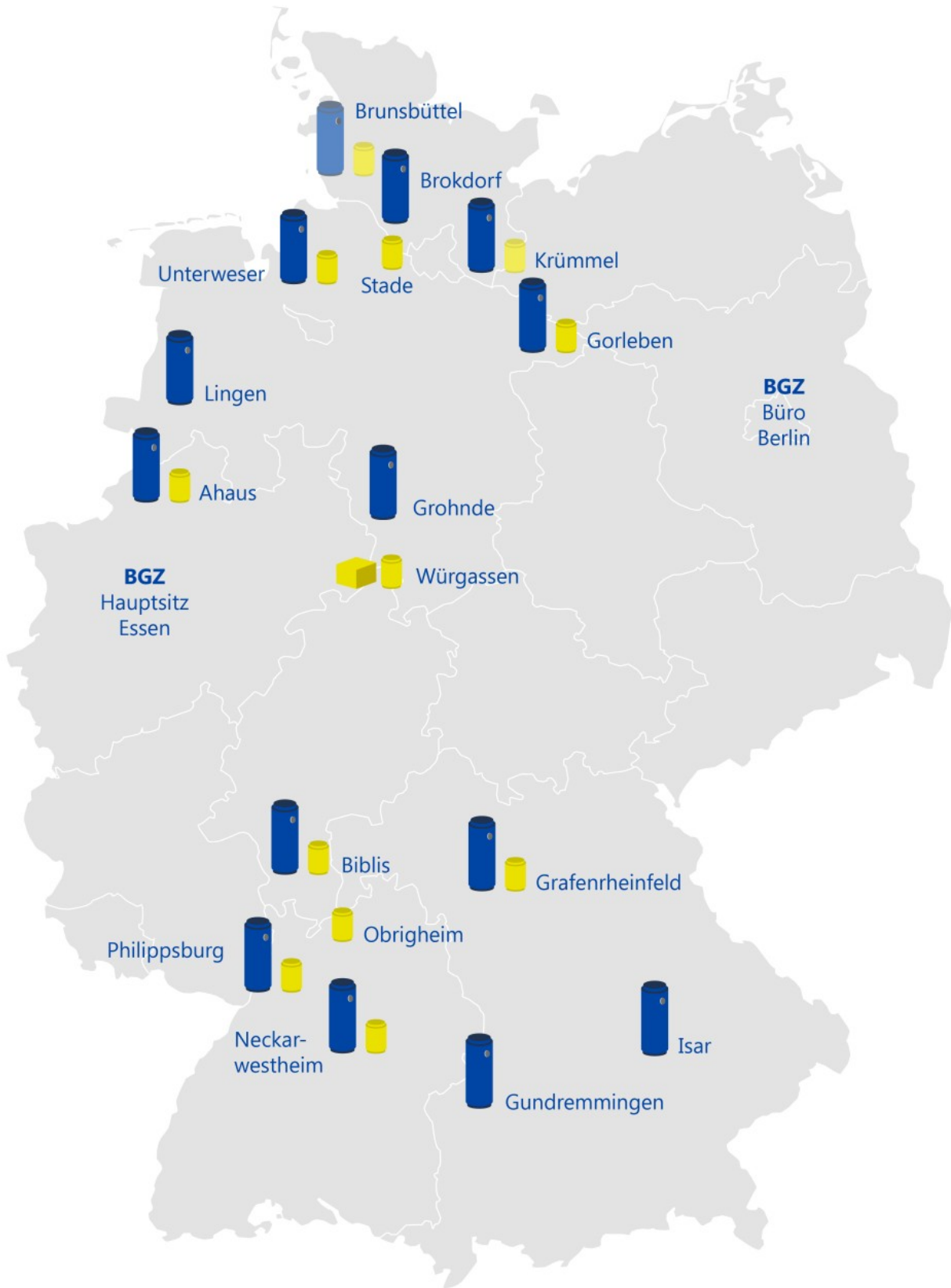
Klage: Zwischenlager nicht gegen Absturz von

A380 und Beschuss mit Panzerwaffen gesichert

Die Kläger möchten laut Bayerischem Verwaltungsgerichtshof erreichen, „dass das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) verpflichtet wird, die aus dem Jahr 2003 stammende Genehmigung zur Aufbewahrung von Kernbrennstoffen im Standortzwischenlager in Gundremmingen sowie später ergangene Änderungsgenehmigungen aufzuheben“. Die Kläger befürchten demnach eine erhebliche Gefährdung für ihr Leben und ihre Gesundheit.

Transport von radioaktivem Müll auf Autobahn getestet

Vorbild für die vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof angestrengte Klage ist ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Schleswig gegen das Zwischenlager in Brunsbüttel. 2013 waren die Schleswiger Richter hier davon ausgegangen, dass es eben nicht hinreichend gegen terroristische Angriffe oder den Absturz eines Airbus A380 geprüft worden sei. Nach Angabe des BASE hat das Zwischenlager Gundremmingen eine Betriebserlaubnis bis 2046, 192 Behälter (Castor V/52) können dort gelagert werden, 117 Stellplätze sind bereits belegt. Eingelagert werden dürfen maximal 1850 t Schwermetall, die Gesamtwärmeleistung (die abgebrannten Kernbrennstäbe geben Wärme ab) liegt bei 6,0 MW.



Bildunterschrift: Deutschlandkarte mit allen Standorten für Zwischenlager für atomarem Abfall. Blau (Castoren) bezeichnen die Standorte, an denen hoch radioaktiver Abfall gelagert werden darf, vor allem abgebrannte Kernbrennstäbe. Gelb gekennzeichnet sind jene Standorte, die für die Zwischenlagerung schwach radioaktiver Abfälle hinzukommen. Foto: BGZ

sueddeutsche.de | 07.12.2023

Theresa Palm

WEBLINK

JAHRESRÜCKBLICK 2023

Was hat der Atomausstieg gebracht?

2023 sind die letzten drei deutschen Kernkraftwerke vom Netz gegangen. Doch die Atom-Sicherheitslage in Deutschland hängt auch von den Nachbarländern ab.

15. April 2023, 23.59 Uhr: Bis zur letzten Minute hat EnBW sein Atomkraftwerk Neckarwestheim genutzt. Dann wurde auch das letzte deutsche Kernkraftwerk abgeschaltet, nach 62 Jahren.

Nach dem Reaktorunfall in Fukushima hatte die damalige Bundesregierung unter Angela Merkel 2011 den Atomausstieg beschlossen, sie verkürzte die eben erst verlängerten Laufzeiten. Das havarierte Kernkraftwerk Fukushima Daiichi machte nun zwölf Jahre später wieder Schlagzeilen: Die Betreiberfirma leitet schwach verstrahltes Kühlwasser ins Meer.

Der finale Atomausstieg in Deutschland fiel mitten in die Energiekrise: Durch den Ukrainekrieg war die Gasversorgung unsicherer geworden. Die Bundesregierung verschob das Ende der AKWs daher um dreieinhalb Monate. Im April war dann tatsächlich Schluss.

Im Jahr 2022 lieferten Atomkraftwerke fast 33 Terawattstunden (TWh), knapp sieben Prozent der gesamten Stromerzeugung des Jahres. Deutschland produzierte damals 27 TWh mehr Strom, als hier verbraucht wurde, war also Netto-Exporteur. Das hat sich dieses Jahr umgedreht: Deutschland hat mehr verbraucht als produziert, die Differenz beträgt bisher netto 14,4 TWh. Der größte Anteil des Importstroms kam aus Dänemark (Stand 30.11.2023).

„Je länger die AKWs abgeschaltet sind, desto unwahrscheinlicher wird ein Unfall.“

Jetzt steht der Rückbau an, und der wird dauern: „Ich denke, dass es 15 Jahre dauern kann, bis kein Kernkraftwerk mehr steht“, sagt Sascha Gentes, Rückbauexperte vom Karlsruher Institut für Technologie (KIT). „Der Rückbau ist technisch gelöst, aber es gibt einfach begrenzte Kapazitäten beim Personal. Es gelten quasi dieselben Sicherheitsbedingungen, als wäre ein Kernkraftwerk noch in Betrieb.“

Sicherheit war eines der Hauptargumente für den Atomausstieg. Doch Frankreich baut neue AKWs, Polen steigt ebenfalls ein. Hat sich die Sicherheitslage in Deutschland durch den Atomausstieg überhaupt verbessert?

Die Präsidentin des Bundesamts für Strahlenschutz Inge Paulini sagt: „Die Wahrscheinlichkeit eines Unfalls in einem Kernkraftwerk in Deutschland ist gesunken, dadurch hat sich das Risiko deutlich reduziert.“ Auch wenn in einigen Kernkraftwerken noch Brennelemente liegen: Die abgeschalteten Reaktoren stellen ein niedrigeres Risiko dar als Reaktoren im Leistungsbetrieb, die explodieren können.

Die sogenannte Nachzerfallswärme der Brennelemente ist aber noch ein Thema: Die Brennstäbe geben weiter Energie ab und müssen gekühlt werden. „Je länger die AKWs abgeschaltet sind, desto unwahrscheinlicher wird ein Unfall mit erheblicher Auswirkung“, sagt Paulini.

Für die Endlagerung gibt es noch immer keine Lösung

Fast die gesamte Radioaktivität der AKWs steckt in den Brennelementen, und die ist jetzt, ein gutes halbes Jahr nach der Abschaltung, noch immer voll vorhanden, schätzt Gentes. Auch wenn die Brennelemente in Lagerbecken liegen und nicht mehr im Reaktordruckgefäß: „Die Strahlendosis ist immer noch vor Ort. Und da bleibt sie auch noch einige Jahrzehnte, bis man sie endlagern kann – vorausgesetzt, wir haben dann ein Endlager in Deutschland.“ Für die Endlagerung gibt es immer noch keine Lösung. Und neben den Brennelementen fällt beim Rückbau der AKWs viel schwach- und mittelradioaktives Material an, 600 000 Kubikmeter schätzt das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung.

Andere kerntechnische Anlagen bestehen auch nach dem Atomausstieg weiter: die Urananreicherungsanlage in Gronau sowie die Brennelementfertigung in Lingen; Forschungsreaktoren, Transportbehälter und Lager gibt es weiterhin. Und die strahlenden Überreste der Atomkraftwerke lösen sich nicht einfach in Luft auf.

Und dann sind da eben noch die Kernkraftwerke der Nachbarländer: „Wir haben in Deutschland die Konsequenz aus Fukushima gezogen, dass wir aus der Kernkraft aussteigen, aber andere Länder haben das nicht getan“, sagt Paulini. Sieben Kernkraftwerke stehen näher als 100 Kilometer an Deutschlands Grenze, ein GAU ist dort immer noch möglich: „Und eine Grenze ist keine für Radioaktivität.“ Wenn in einem Kernkraftwerk nahe der deutschen Grenze ein größerer Unfall passieren würde, könnte das auch die Bevölkerung in Deutschland betreffen. „Im Notfallschutzsystem hat sich nichts geändert, weil wir weiter vorbereitet sein müssen“, sagt Paulini.

Ein Atomunfall in der Ukraine würde auch Deutschland treffen

Dazu kommt die Lage in der Ukraine. Die Frontlinie verläuft durch das AKW Saporischschja – das erste Mal, dass ein laufendes Kernkraftwerk Ort von Kampfhandlungen war. Seit September 2022 sind die sechs Blöcke in Saporischschja zwar ausgeschaltet, die Brennelemente befinden sich nicht mehr im Reaktordruckbehälter, sondern in Kühlbecken. Doch wenn die für die Kühlung wichtige Stromversorgung in der Anlage mehrere Tage unterbrochen wäre und alles Wasser in den Kühlbecken verdunsten würde, drohte dort eine Kernschmelze, die radioaktives Material versickern lassen könnte.

Würde in der Ukraine ein Atomunfall passieren, würden die kontaminierten Luftmassen in 17 Prozent der Fälle nach Deutschland getragen, je nach Wetterlage, sagt Paulini – und könnten hier insbesondere landwirtschaftliche Produkte gefährden. Sie spricht auch die Möglichkeit eines Atomwaffeneinsatzes durch Russland an. Der Krieg im Nahen Osten ist ein zusätzliches Sicherheitsthema geworden. Deutschland ist keine Insel.

Klimaziele sind ohne Atomkraft zu erreichen

Auf der Klimakonferenz COP 28 in Dubai wird auch über eine Verdreifachung der Stromerzeugung aus Kernkraft diskutiert, um die Klimaziele zu erreichen. Doch eine aktuelle Analyse macht deutlich, dass Atomenergie dafür nicht notwendig ist.

Auf der Klimakonferenz in Dubai wird wieder hart verhandelt und um verschiedene Interessen der jeweiligen Staaten gerungen. Neben den Verfechtern fossiler Energien ist auch die Atomlobby mit vor Ort, die stets propagiert, dass die notwendige CO₂-Einsparung nur mit dem Ausbau der Atomenergie zu regeln sei. 118 Staaten haben sich im Rahmen der Klimakonferenz COP28 für den Ausbau der Erneuerbaren ausgesprochen. Doch die mächtige Allianz der 22 Atomstaaten wollen einer entsprechenden Abschlusserklärung nur zustimmen, wenn sie darin auch ein Freibrief für den weiteren Ausbau der Atomenergie erhalten.

Doch eine aktuelle Analyse von globalen Klimaszenarien macht noch einmal deutlich, dass Kernenergie nicht notwendig ist, um die Klimaziele gemäß dem Pariser Klimaschutzabkommen zu erreichen. Dies zeigt eine Auswertung des Öko-Instituts, die im Auftrag des Umweltbundesamtes erfolgt ist. Vielmehr ist der schnelle und zielgerichtete Ausbau der Erneuerbaren Energien entscheidend, um Klimaschutz und Energiewende voranzubringen, heißt es in der Analyse. So spiele die Stromerzeugung aus Kernenergie in allen Szenarien eine untergeordnete Rolle im Vergleich zu der aus erneuerbaren Energieträgern wie Wind, Wasser oder Sonne.

„Anlässlich der 28. Weltklimakonferenz in Dubai wird wieder einmal über eine Verdreifachung der Stromerzeugung aus Kernkraft gesprochen, die angeblich für den Klimaschutz unabdingbar sei“, sagt Christoph Pistner, Leiter des Bereichs Nukleartechnik & Anlagensicherheit am Öko-Institut. „Diese Behauptungen sind wissenschaftlich nicht haltbar, wie die jetzt veröffentlichten Auswertungen zeigen.“

Die Forschenden werteten zehn globale Klimaszenarien aus, die die Klimaziele des Pariser Abkommens mit bzw. ohne Kernenergie erreichen sowie ein weiteres Szenario auf Basis der derzeitigen politischen Maßnahmen der Staaten weltweit. In letzterem werden die Klimaziele von Paris nicht erreicht, trotz Ausbauplänen für die Kernenergie.

Ausbauziele für Kernenergie sind nicht realistisch

Die Kurzstudie zeigt zudem, dass eine Verdreifachung der heutigen Kernkraftwerkskapazitäten nicht realistisch ist. So seien in der Hochphase des Kernenergieausbaus in den Jahren 1984/1985 rund 30 Gigawatt (GW) Kernkraft neu ans Netz gegangen. „Für eine Verdreifachung müsste im Durchschnitt in den nächsten 25 Jahren jedes Jahr mehr neue Kapazität hinzukommen, als dies beim AKW-Rekordjahr 1985 der Fall war“, erläutert Charlotte Loreck, Senior Researcher im Bereich Energie & Klimaschutz des Öko-Instituts und Co-Projektleitung, die Ergebnisse. „Wir sehen jedoch, dass solch ein hoher Zubau von Atomkraftwerken in den letzten Jahrzehnten nicht mehr erreicht wurde. So gingen in den letzten zehn Jahren jedes Jahr nur zwischen 3,4 und 10,3 Gigawatt elektrische Nettokapazität ans Netz.“

Wenn man von diesem niedrigen Niveau aus den Zubau jedes Jahr linear erhöhen würde, müsste man für eine Verdreifachung des Bestands im Jahr 2050 neue Kernkraftwerke mit einer Leistung von mehr als 60 GW ans Netz anschließen – also doppelt so viel wie 1985.

Erneuerbare Energien deutlich effektiver als Kernenergie

Im Gegensatz dazu ist der Ausbau der Erneuerbaren Energien deutlich angewachsen und auch die analysierten Klimaszenarien zeigten eindrücklich deren Potenzial für die zukünftige Energieversorgung, heißt es in der Studie. Selbst in Szenarien, die der Kernenergie mehr Potenzial im Strommix zugestehen, spiele die Technologie insgesamt eine untergeordnete Rolle.

So steigt die Kernenergieerzeugung etwa im Modell „MESSAGEix-Globiom“ des International Institute for Applied Systems Analysis in Wien bis 2050 massiv an, macht aber trotzdem nur neun Prozent der Primärenergieversorgung im Jahr 2050 und 16 Prozent der gesamten Stromerzeugung weltweit aus. Dagegen lieferten im selben Modell erneuerbare Energiequellen

etwa 81 Prozent der Stromerzeugung.

Das Factsheet zur Rolle der Kernenergie zum Erreichen der Klimaziele wurde im Projekt „Klimawirkung von Atomkraft auf Basis einer (empirischen) Analyse der THG-Emissionen entlang der gesamten Wertschöpfungskette“ entwickelt, das im September 2024 abschließende Ergebnisse vorlegen will.

Irreführende Prognosen

Der Mythos der sauberen und günstigen Atomenergie ist längst mit einer Reihe von Argumenten und Fakten widerlegt. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) hatte erst vor kurzem eine Studie zur Entwicklung der Kernkraft erstellt. Schon seit Jahrzehnten gehen demnach weltweite Szenarien von einem stark überzogenen Anstieg von Atomkraftkapazitäten aus. Diese Annahmen entsprächen aber nicht der tatsächlichen langjährigen Entwicklung. Klimaszenarien gehen bei Atomenergie also von unrea-

listischen Annahmen aus. Das führt zu fehlgeleiteten Investitionen.

Subventionsgrab Atomkraft

Ziel der Atomstaaten auf der COP ist es daher, mit ihrer Strategie an Kredite der Weltbank heranzukommen, denn die Atomenergie hat ein Finanzierungsproblem. Für die zunehmenden Risiken müssen die Staaten haften, bereits die Finanzierung neuer Projekte geht oft mit enormen Staatshilfen einher. Bekannte Beispiele sind der Druckwasserreaktor im französischen Flamanville, der bereits 2012 ans Netz gehen sollte, oder der Bau des Kernreaktors vom Typ EPR Hinkley Point in Großbritannien, sowie der mit zwölfjähriger Verspätung ans Netz gegangene Block 3 des finnischen Kernkraftwerks Olkiluoto – die Kosten sind entsprechend explodiert. Rechnet man die Atommüll-Lagerung und den Rückbau alter Kraftwerke hinzu, ist Atomenergie eine der teuersten und gefährlichsten Energiequellen – und zudem keinerlei Gewinn für den Klimaschutz. *na*

Wenn sich Gazprom für U-Boote der Nato interessiert

Neuer Verdacht bei der Aufklärung des Nord-Stream-2-Skandals in Mecklenburg-Vorpommern schockiert die Opposition

Diese Wendung überraschte sogar diejenigen, die bei der Pipeline-Affäre in Mecklenburg-Vorpommern schon eine Menge an Skandalträchtigem gefunden hatten. Etwa die jahrelange Russland-Verbandelung der Landesregierungen unter Erwin Sellering und dann Manuela Schwesig (beide SPD). Oder die Klimastiftung des Landes, die als faktischer Subunternehmer der Gazprom-Tochter Nord Stream 2 AG westliche Sanktionen umgehen sollte. Oder verbrannte Steuerunterlagen und widersprüchliche Aussagen der Landesregierung gegenüber dem Landtag.

Aber dass auch Nato-Geheimnisse bei dem vom Bergamt Stralsund durchgeführten Genehmigungsverfahren für die Ostsee-Pipeline bedroht gewesen sein könnten - das hat selbst die Aufklärer im Untersuchungsausschuss des Landtags schockiert. "Das Agieren des Bergamtes gegenüber dem russischen Staatskonzern Gazprom hat die Sicherheit der Bundesrepublik und der Nato gefährdet", sagte der Grünen-Obmann im Untersuchungsausschuss, Hannes Damm. Der Ausschuss-Vorsitzende Sebastian Ehlers (CDU) will dem "schweren Verdacht nachgehen, ob die Sicherheitsinteressen Deutschlands leichtfertig aufs Spiel gesetzt wurden". René Domke von der FDP hat den "Eindruck, dass man mit den Sicherheitsbelangen der Bundeswehr und der Nato mindestens naiv, wenn nicht gar bedenklich umgegangen ist".

Alarmiert hatte die Oppositionspolitiker, was am vergangenen Freitag ein Zeuge bei einer nicht-öffentlichen Befragung im Ausschuss nach ihrer Darstellung gesagt hatte: Die Nord Stream 2 AG habe 2017 während des Planfeststellungsverfahrens für die Pipeline versucht, über das Bergamt an geheime Nato-Daten zu Tauchgebieten von U-Booten in der Ostsee zu gelangen. Einige Unterlagen sollen sogar mit dem Planfeststellungsbeschluss von Anfang 2018 kurzzeitig öffentlich gewesen sein, ehe die Bundeswehr die umgehende Schwärzung verfügt habe.

Jener Zeuge war 2017 Referatsleiter des Bundesamts

für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr. Dass es damals zwischen ihm und dem Bergamt Streit gab, zeigt ein Brief mit Datum vom 10. Juli 2017, den er ans Bergamt richtete und der WELT vorliegt. "Höchst irritiert", schreibt er darin, "bin ich über das Interesse der Nord Stream 2 AG an bestimmten Informationen über bestimmte U-Boot-Tauchquadrate, welches sich mir nicht erschließen mag."

Offenbar hatte er den Eindruck, dass geheime Nato-Informationen vom Bergamt bei der Bundeswehr nicht bloß deshalb erbeten worden waren, weil die Genehmigungsbehörde intern und vertraulich klären musste, welche militärisch sensiblen Gebiete vom Pipeline-Bau tangiert wären. Sondern dass solche Informationen, so schreibt er, "auf Anfrage beziehungsweise im Interesse der Nord Stream 2 AG eingefordert" worden seien.

Sollte sein Eindruck zutreffen, würde das bedeuten, dass eine eventuelle militärisch relevante Wissensbegier der Nord Stream 2 AG vom Bergamt nicht so zurückgewiesen wurde, wie das gegenüber der Tochtergesellschaft eines russischen Staatskonzerns wohl zu erwarten wäre. Zwar sagte am Montag der Ausschuss-Obmann der regierenden SPD, Thomas Krüger, das Bergamt habe nur solche Unterlagen an die Nord Stream 2 AG weitergeleitet, bei denen es sich "um keine militärischen Geheimnisse und auch um keine als geheim gekennzeichneten Daten handelte". Zudem habe hierbei "die Bundeswehr selbst die Genehmigung zur Weitergabe an Nord Stream 2 erteilt".

Aber offen bleibt, ob und warum das Bergamt ein eventuelles Interesse der Nord Stream 2 AG an geheimen Nato-Informationen überhaupt an die Bundeswehr übermittelte. Daraus folgt die Frage, ob es Nord Stream 2 neutral gegenüberstand. Der Bundeswehr-Vertreter jedenfalls bekundet im Brief ans Bergamt seinen "Eindruck, dass die Verfahren seitens Ihrer Behörde nicht gänzlich unvoreingenommen, sondern

scheinbar zugunsten der Nord Stream 2 AG geführt werden”.

Die Vermutung, dass das Bergamt mit der Nord Stream 2 AG eng kooperierte, wird durch ein Detail zu Reiseverbindungen genährt. Am 2. Juni 2017 sollte laut dem Brief ein Gespräch beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie in Hamburg stattfinden, das ebenfalls am Genehmigungsverfahren beteiligt war. Vor dem Gespräch hatte es offenbar Diskussionen gegeben, ob der Termin um eine Stunde vorverlegt werden könne. Dies schien dem Bundeswehr-Vertreter nicht machbar. Bei einem diesbezüglichen Telefonat von ihm mit dem Bergamt habe er, so schreibt er, erfahren: ”Die Nord Stream 2 AG habe meine möglichen Zugverbindungen beziehungsweise die meiner Mitarbeiter recherchiert und daraus den Schluss gezogen, dass eine Vorverlegung grundsätzlich möglich und zuzumuten sei.”

Er fügt hinzu: ”Von Seiten der Nord Stream 2 AG hat mich ein solches Vorgehen - auch wenn ich dies als höchst unangebracht und übergreifig empfinde - nicht

sehr verwundert. In höchstem Maße irritiert es mich jedoch, dass dieses Verhalten von den Mitarbeitern Ihrer Behörde unreflektiert mitgetragen beziehungsweise übernommen wird.” Und der Entwurf des Protokolls zu dem dann stattgefundenen Gespräch (verfasst von Nord-Stream-2-AG-Vertretern) sei ihm erst auf seine ausdrückliche Nachfrage zugesandt worden - als das Bergamt den Entwurf schon seit zehn Tagen gehabt habe. Diese und andere Vorgänge hätten ihn dazu bewogen, ”mir bedauerlicherweise die Frage stellen zu müssen, ob die Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren, soweit sie in der Zuständigkeit Ihrer Behörde geführt werden, noch als ausgewogen geführt wahrgenommen werden können”.

Das Bergamt reagierte auf die Berichte über die Aussagen des Mannes als Zeuge im Untersuchungsausschuss mit einer Mitteilung, es sei ”übliche Praxis, dass bei Genehmigungsverfahren im Bereich der Ostsee auch als militärische Flächen ausgewiesene Gebiete in die Abwägung einzubeziehen sind”. Hierbei würden ”die Sicherheitsanforderungen der Bundeswehr stets beachtet”.

ENERGIE

Minister äußert sich zu LNG-Genehmigungsverfahren

Schwerin

Das geplante LNG-Terminal im Hafen von Mukran auf Rügen bleibt umstritten. Noch ist es nicht genehmigt. Umweltminister Backhaus äußert sich zum Stand der Dinge.

Agrar- und Umweltminister Till Backhaus (SPD) lädt am Donnerstag (11.00 Uhr) in Schwerin zu seiner traditionellen Jahresend-Presskonferenz. Außer zur Lage der Landwirtschaft will er sich auch zur Klimaschutzgesetzgebung und zum aktuellen Stand des Genehmigungsverfahrens für das umstrittene LNG-Terminal auf Rügen äußern.

Das Flüssigerdgas-Terminal soll im Januar zunächst mit einer Regasifizierungsanlage (FSRU) in Betrieb genommen werden, wie das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt Stralsund Ende November mit-

geteilt hatte. Das Genehmigungsverfahren läuft noch. Zuletzt hatte für Schlagzeilen gesorgt, dass die Behörden auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung verzichten wollen. Kritiker des Terminals befürchteten Umweltschäden infolge des Betriebs und nachteilige Auswirkungen auf den Tourismus.

Die Anbindungsleitung für das Erdgas aus dem Terminal zum Festland ist hingegen bereits komplett genehmigt. Bei Lubmin soll das Gas ins europäische Leitungsnetz eingespeist werden.



srf.ch | 06.12.2023

Klaus Bonanomi

WEBLINK

STATUSBERICHT ZUR ATOMENERGIE

Die Produktion von Atomstrom hat weltweit abgenommen

Etliche Länder wollen die Atomenergie wieder verstärkt fördern. Doch weltweit nimmt die Produktion derzeit kaum zu.

Jahr für Jahr untersucht und dokumentiert der deutsche Energieexperte und Berater Mycle Schneider mit einem internationalen Team, wie sich die Nutzung der Kernkraft weltweit entwickelt.

Der neuste Bericht zeigt eine sinkende Tendenz auf: Die Zahl der laufenden AKW ist innert Jahresfrist um vier gesunken, die Stromproduktion um vier Prozent. Der Marktanteil des Atomstroms ging weltweit auf noch gut neun Prozent zurück.

Das sei ein dramatischer Rückgang, ähnlich wie nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima, sagte Schneider bei der Vorstellung des Berichts.

Hohe Kosten, technische Probleme in Frankreich

Die Gründe dafür lägen in erster Linie in den hohen Planungs- und Baukosten, die in vielen Fällen zu Verzögerungen oder gar zum Abbruch von AKW-Projekten führten. Aber es liegt etwa auch an grossen Produktionsausfällen in Frankreich, weil dort etliche AKW wegen Unterhaltsarbeiten still standen.

«Anfang 2022 war für das Jahr angekündigt worden, dass 16 neue Reaktoren ans Netz gehen sollen. Am Ende des Jahres waren es aber bloss deren sieben», so Schneider. So ist etwa der neuartige Druckwasserreaktor im französischen Flamanville verspätet. Er soll gemäss derzeitiger Planung nun 2024 ans Netz gehen.

Hoffen auf neuartige, kleinere Reaktoren

Auch Lukas Aebi vom atomfreundlichen Schweizer Nuklearforum bestreitet nicht, dass die Atomkraft an Terrain verliert. Er weist darauf hin, dass die Stromproduktion aus Kohle und Gas weltweit dominierend sei – und weiter wachsen werde, anstatt dass man auf die weniger klimaschädliche Atomenergie setze. «Das ist

bedenklich», so Aebi.

Die Kernenergie habe durchaus noch Entwicklungspotenzial, so der Vertreter des Nuklearforums. Grosse Hoffnungen setzt er nach wie vor auf neue, kleine, modulare Reaktoren, die sogenannten SMR. Und dies, obwohl gerade erst vor ein paar Wochen das am weitesten fortgeschrittenen SMR-Projekt in den USA gestoppt wurde. «Das hatte aber nicht mit der Technologie zu tun, sondern mit steigenden Zinssätzen und der Inflation», betont Aebi.

Die hohen Kosten für nukleare Anlagen und damit für den Strom, den sie dereinst produzieren sollen, sind auch in der Schweiz ein wichtiger Diskussionspunkt. Dennoch begrüsst es Aebi, dass auch hierzulande überhaupt wieder über längere AKW-Laufzeiten oder gar den Bau neuer Reaktoren diskutiert wird.

Dies ermögliche eine technologieoffene Planung für die Energiezukunft der Schweiz unter Berücksichtigung der Klimapolitik. «Das ist ein wichtiger Schritt für die Zukunft.»

Neue AKW allenfalls erst in Jahrzehnten

Atomstrom statt erneuerbare Energien sei der falsche Ansatz, sagt hingegen Markus Unterfinger von der atomkritischen Schweizerischen Energiestiftung. Sie hat Schneiders Bericht übrigens mitfinanziert.

«Entweder investiert man jetzt in erneuerbare Energien, die verfügbar und kostengünstig sind sowie sehr schnell Ergebnisse liefern – oder man investiert in eine Technologie, die 20 Jahre Bauzeit benötigt», so Unterfinger. Denn das Geld könne man nur einmal ausgeben.

Den Fünfer und das Weggli gibt es nicht. Auch nicht in

der Energiepolitik.

22 Länder wollen neue AKWs bauen

An der Klimakonferenz in Dubai haben sich 22 Staaten dazu verpflichtet, ihre Investitionen in die Kernkraft zu verdreifachen. Ihrer Ansicht nach kann der Ausstieg

aus den fossilen Energieträgern und die Energiewende ohne Atomstrom nicht gelingen. Das Problem dabei: Von der Planung bis zur Inbetriebnahme eines Atomkraftwerks vergehen Jahre, wenn nicht Jahrzehnte. Und wenn die Menschheit das Steuer bei der Klimaerwärmung noch herumreissen will, muss der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern viel schneller vonstattengehen.

Es fehlen 150 Millionen Euro für die Energiewende

Lauenburg startet den Wettbewerb um Fördermillionen und kommunale Wärmeplanung. Machen Industrie-Abwärme oder die Elbe das Rennen?

Lauenburg/Boizenburg. Auf etwa 150 Millionen Euro beläuft sich nach vorsichtigen Schätzungen das Finanzvolumen, das investiert werden müsste, um in den Nachbarstädten Lauenburg und Boizenburg die Energiewende zu vollziehen, genauer die vorgeschriebene kommunale Wärmeplanung. Jüngst haben die Bürgermeister beider Städte, Thorben Brackmann und Rico Reichelt, einen Vertrag mit dem Geschäftsführer der Versorgungsbetriebe Elbe unterzeichnet. Die gemeinsame GmbH soll die Planungen nicht nur ausschreiben, sie wird sie auch begleiten.

Die von Joachim Schöttler geführten Versorgungsbetriebe sind breit aufgestellt, verfügen über eine große Fülle an wertvollen Daten – von der Zahl und Verteilung der verschiedenen Hausanschlüsse, über die Fernwärme- und Erdgasnetze in den Stadtteilen bis zu Verbrauchsdaten in den Versorgungsgebieten. Die GmbH versorgt in beiden Städten und teils darüber hinaus Tausende Haushalte mit Wasser und Strom, mit Gas wie auch mit Fernwärme, jeweils aus eigenen Netzen.

Einzig für Haushalte, die mit Erdöl, Holz oder noch mit Kohle heizen, sind beide Städte auf zusätzliche Informationen angewiesen. Die meisten, heißt es bei den Versorgungsbetrieben, seien jedoch gut über das örtliche Handwerk und besonders die Schornsteinfeger erhältlich. 90.000 Euro Fördermittel bringt Boizenburg in die kommunale Wärmeplanung ein, das etwa gleich große Lauenburg verfügt nur über knapp die Hälfte. „Das sind Fördermittel der jeweiligen Länder, die werden in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein unterschiedlich verteilt“, erläutert Brackmann.

Die zusammen rund 130.000 Euro werden die Planungskosten aber voraussichtlich kaum zur Hälfte abdecken. Noch weit größer ist die Lücke, die sich nach Schätzung von Joachim Schöttler danach auftut. „150 Millionen Euro können wir nie allein leisten, wir benötigen staatliche Förderung“, stellt Brackmann klar.

Doch die Staatskasse ist leer. Und die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts Karlsruhe fehlenden 60 Milliarden Euro im Bundeshaushalt lassen manche Politiker darüber nachdenken, ob die Bürger nicht stärker zur Energiewende beitragen können.

Wer Kosten in der Höhe einfach auf Verbraucherpreise umlegen will, werde einen Proteststurm ernten, ist dagegen Lauenburgs Bürgermeister überzeugt. „Spätestens wenn die Kosten durch die Decke gehen.“

Nach dem aktuellen Zeitplan werden die Versorgungsbetriebe die Planungsaufgaben Anfang 2024 ausschreiben. Möglichst bereits 2026 sollen die Ergebnisse vorliegen. Also deutlich früher als der vom Land auf Mitte 2028 verschobene Abgabetermin für Unteren wie Lauenburg oder Schwarzenbek.

Die Verantwortlichen in Lauenburg und Boizenburg wie auch in den Versorgungsbetrieben setzen auf Tempo. Wenn erst die Vielzahl der Kommunen bundesweit bei den wenigen Ingenieur- und Planungsbüros anklopft, wird es eng. Möglicherweise helfe es, die guten Verbindungen der Versorgungsbetriebe spielen zu lassen.

Über die Elbe denkmalgeschützte Häuser versorgen

Was am Ende des Prozesses herauskommt, darüber wagt derzeit kaum jemand Vorhersagen. Die Nutzung von Abwärme aus Lauenburger Industriebetrieben wie Worlée oder Mewa scheint vorstellbar. Ebenso die Idee, der vorbeifließenden Elbe über große Wärmetauscher Energie zu entziehen. Um damit etwa denkmalgeschützte Häuser in der Lauenburger Altstadt zu versorgen. In mehreren Städten Deutschlands wird dies bereits praktiziert.

Das gilt auch für Tiefen-Geothermie. Also Heizzentralen, die mit aus dem Grundwasser gewonnener Wärme große Gebäude beheizen. Oder über Nahwärmenetze Siedlungen oder Stadtteile mit umweltfreundli-

cher Heizenergie versorgen. Brackmann: „Was für Lau- in zwei Jahren.“
enburg die richtige Wahl ist, wissen wir sicher wohl erst